

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

N<sup>o</sup> 21.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonntags. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 5517.

Hannover,  
Sonntags, 8. Oktober 1898.

Einzelhefte kosten pro 8gespaltenen Zeile oder deren Raum 16 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Burgstr. 41. Verlag: Cösterliche 9A.

7. Jahrg.

## Zur Beachtung.

Alle Zuschriften, auch die für den Kassierer Jean Wilhelm bestimmten Geldsendungen sind zu richten nach

### Reinstraße Nr. 31, 3. Etage.

Bei allen Geldsendungen ist anzugeben, wofür die Beträge zu verrechnen sind.

Die neuen Bücher, Bücher und Stempel für Hilfskassierer, Streifbonskarten und Streifbonsmarken können vor Mitte Oktober nicht geliefert werden. Sobald wir von den Lieferanten die Bestellungen geliefert erhalten haben, beginnen wir mit dem Versand.

Die neuen Marken, à 15 und 7½ Pf., sind bereits den Kollegen zugegangen. Die 7½ Pfennigmarken sind an die Mitglieder nur in gerader Anzahl: 2, 4, 6 u. s. w. abzugeben. Die erhöhten Beiträge beginnen mit der ersten Beitragswoche im Oktober.

Vor Allem wollen die Bevollmächtigten und Hilfskassierer darauf achten, daß die Mitglieder ihre alten Beitragsreste begleichen. Die Annahme, durch die Erhöhung der Beiträge würde eine bedeutende Anzahl Mitglieder dem Verbandsverbande den Rücken kehren, erweist sich als unrichtig. Bei der Berichterstattung hat sich die Mehrzahl der Verbandsorte mit den Beschlüssen des Verbandstages, also mit der Beitragserhöhung einverstanden erklärt. Seit dem Verbandstage sind in einer großen Anzahl Orte Zahlstellen unserer Organisation gegründet worden. Die zweiten Bevollmächtigten und die Hilfskassierer müssen bei der Klaffung auf diese Thatsache hinweisen, dann wird sich auch die Zahl der etwa noch vorhandenen Personen, die ihren Austritt mit der Erhöhung der Beiträge rechtfertigen möchten, auf ein Mindestmaß reduzieren.

Die Bestände von Mitgliedsbüchern werden an den Verbandsorten verbraucht. Wie in früheren Jahren, so werden auch dieses Mal die statutarischen Venderungen als Nachtrag gedruckt, an dem Rücken gummiert und den Mitgliedern geliefert, so daß sie dieselben sich in das Mitgliedsbuch heften können.

Die Bestände an 10 und 5 Pfennigmarken bleiben noch in den Zahlstellen, weil im ganzen laufenden Quartal und darüber hinaus von den Mitgliedern noch Restbeiträge begleichen werden.

Die Bevollmächtigten, die ihre Protokollbestellungen noch nicht aufgegeben haben, werden freundlichst um Eingabe ihrer Bestellungen ersucht. Jedes Mitglied ist zur Abnahme eines Protokolls jedenfalls moralisch verpflichtet.

Mit kollegialischem Gruss

August Drey.

## Zur Lage der auf Zuckerraffinerien beschäftigten Arbeiter.

Wiederholt haben wir Veranlassung nehmen müssen, gegen die Unduldsamkeit, mit der Eigentümer und Leiter von Zuckerraffinerien dem Vereinigungsrecht ihrer Arbeiter entgegenzutreten, zu protestieren.

In Frankenthal, Hameln, Langermünde, Schulan sind von Zuckerraffinerien oder deren Unterstellten Beispiele des schlimmsten Terrorismus gegeben worden. Wo irgend von den Arbeitern der Versuch gemacht wurde, sich zu organisieren oder eine Steigerung des künftigen Lohnes zu fordern, da waren die Herren mit Entlassungen flink bei der Hand. Es könnte daher scheinen, die Zuckerraffinerien großen und kleinen Ranges, die ihre Arbeiter in die Zwangsjacke der Genügsamkeit pressen wollen, gäben selbst ein Beispiel der Bescheidenheit und Genügsamkeit. Dem ist jedoch nicht so. Wenn es eine Kategorie Industrieller giebt, die die Selbsthilfe im weitesten Maße angewandt hat, die Anwendung der Staatshilfe vermehren will, so sind es die Zuckerraffinerien. Die berufliche Vereinigung, die Gesetzgebung des Staates, dessen diplomatische Hilfsmittel sind in Bewegung gesetzt worden, um Vortheile materieller Art denen zu schaffen, denen der Mammon schon in breiten Strömen zusieß. Auf Kosten der deutschen Steuerzahler haben die 400 Zuckerraffinerien in Deutschland von 1881 bis 1897 1008 Millionen Mark an Ausfuhrprämien bekommen.

Die Zuckerraffinerien machten so gute Geschäfte, daß sie 20, 30, 40, ja noch mehr Prozent Dividende zahlen konnten. Und trotzdem diese Unterdrückungssucht gegen die Arbeiter. Sind die Zuckerraffinerien etwa darauf bedacht gewesen, die Lage ihrer Arbeiter zu bessern, und erklärt sich aus dem Bewußtsein, die weitgehendste Fürsorge für die Arbeiter an den Tag zu legen, der Widerstand gegen die Organisation? Mit nichten. Bedinglich die Furcht vor der Macht der Arbeiterorganisation, die ein weites Feld der Beschäftigung auf den Zuckerraffinerien finden würde, ist die Veranlassung zu den schon so oft eingetretenen Entlassungen organisierter Arbeiter gewesen.

Die Lage der letzteren rechtfertigt die organisierte Selbsthilfe durchaus. Denn die Lage der Arbeiter in den Zuckerraffinerien ist fast schlechter wie die aller anderen Arbeiter. Die Schinderei wird hier am schwinghaftesten betrieben, um sie zu ermöglichen, werden die billigen Arbeitskräfte aus Polen und Galizien herangeholt. Diese Leute, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, ihre geringen Bedürfnisse auch mit den bescheidensten Löhnen decken können, bilden dann die gefährlichsten Konkurrenten für die deutschen Arbeiter.

Die Resultate dieser Konkurrenz erhellen aus der amtlichen Statistik. Die im Jahre 1895 in der deutschen Zuckerraffinerie beschäftigten 100 000 Arbeiter hatten einen bei der Unfallversicherung in Anrechnung gebrachten Lohn von 43,9 Millionen Mark, das ist pro Kopf 439 Mark Jahresverdienst. Nach derselben Aufstellung beträgt der Durchschnittslohn der gewerblichen Arbeiter 661 Mark, somit bleiben die Arbeiter der Zuckerraffinerie mit ihrem Einkommen um 122 Mark hinter diesem Durchschnittslohn zurück.

Die Vaterlandsliebe der vom Vaterlande sich Prämie bezahlen lassenden Zuckerraffinerien und Rübenbarone, welche letztere mit Ausnahme der kleineren fast alle Aktionäre der Zuckerraffinerien sind, erfährt eine eigentümliche Beleuchtung, wenn man sich die Thatsache vor Augen führt, daß von den 100 000 beschäftigten Arbeitern 75 000 aus Polen und Galizien stammen. Davon sind zwei Drittel Arbeiterinnen und ein Sechstel jugendliche Arbeiter von 15—19 Jahren. Die aus unfruchtlichen Gegenden stammenden Arbeiter, deren Ansprüche an die Lebenshaltung auf dem niedrigsten Tiefstand stehen, erarbeiten den Aktionären die goldenen Dividenden, den Direktoren und Leitern die hohen Gehälter und werden selbst mit Hungerlöhnen abgepeist. Auf tiefer Bildungsstufe stehend, sind sie auch meist mit jedem Grad der Ausbeutung zufrieden. Bei 12stündiger, ja 14stündiger Arbeitszeit verdienen sie oft nur 1 Mark täglich, oft noch weniger, und diese niederen Löhne werden noch durch ein geradezu raffiniertes Straffsystem verkürzt. Mächtig im Frühjahr werden diese Arbeiterinnen und Arbeiter in Scharen nach Deutschland importiert, in Kasernen untergebracht, hier schlafen sie 3—4 Tagen übereinander in einer Atmosphäre, die Einen zum Schauern bringt, sie werden — wie in den Kasernen gefüttert mit Kartoffeln, Erbsen und Bohnen, Bohnen, Erbsen und Kartoffeln, aber sie arbeiten, als ob sie den Teufel im Leibe hätten, weil sie in der fremden Gegend, deren Sprache sie oft nicht einmal kennen, nur zum Arbeiten da sind.

Bekannt ist, daß in Gegenden, in denen Zuckerraffinerien angelegt sind, diese im Volksmunde nicht anders genannt werden als Knochenmühlen. Und in der That werden an die Knochen, an den Saft und die Kraft der Arbeiter die denkbar größten Anforderungen gestellt. Die Arbeiter leiden unter der höllischen Hitze, die im Innern dieser Räume herrscht. Kommen sie aus diesen schweißgebadet heraus, so weht ihnen die kühle Luft der Vorräume entgegen. Dieser plötzliche Temperaturwechsel zernagt als eiserner Zahn die beste Gesundheit; die stärkste Natur vermag da auf die Dauer nicht zu widerstehen. Rheumatische Leiden, Gicht und körperliche Gebrechen aller Art sind seine Folgen, und was ihm nicht gelingen sollte an Gesundheitsverwüstung, das fördern die Rässe beim Putzen und Waschen der Rüben und die gefährlichen Maschinen.

Bei der Saftgewinnung durch Diffusion entwickeln sich leicht brennbare Gase, die zu Explosionen führen. Bei der Behandlung des Rübensaftes mit Kalk, beim Entleeren der Filterpressen sind die Arbeiter Dämpfen ausgesetzt, welche die Schleimhäute und Athmungsorgane angreifen. Beim Verlocken der Säfte, in den Füllstuben herrscht bei sehr großer Feuchtigkeit eine

Temperatur, daß Männer und Mädchen oft halbnackt zusammenarbeiten.

Die Gewerbeordnungsnovelle im Jahre 1891 führte für die Arbeiterinnen den 11stündigen Arbeitstag ein und verbot deren Nachtarbeit. Damit war nur das Nothwendigste gethan, um wenigstens den Organismus der auf Zuckerraffinerien beschäftigten Arbeiterinnen vor den schlimmsten Verwüstungen zu schützen; nur dem schlimmsten Wucher mit der Arbeitskraft auf Kosten der Gesundheit der Arbeiterinnen war vorgebeugt. Vor Allem hätte man von den Zuckerraffinerien keinen Widerspruch erwarten sollen, haben ja die Arbeiterinnen immer noch Gelegenheit, in 11stündiger Frohn den Mehrerwerb der Unternehmer zu fördern, unbezahlte Arbeit für diese zu verrichten. Aber unbeschränkt wollen die Zuckerraffinerien die menschliche Arbeitskraft ausnutzen, nur die körperliche Erschöpfung der Arbeitenden soll die Grenze des Arbeitstages bilden, und so erhoben sie Geschrei. Ein Ach und Wehe stimmten sie an und siehe da, ein Bundesrath hatte Einsicht und hob das Verbot der Nachtarbeit für Zuckerraffinerien bis zum 1. April 1898 auf. Als diese Frist abgelaufen war, verlangten die Herren Zuckerraffinerien nochmals eine Verlängerung der Erlaubniß zur Nachtarbeit auf mindestens 5 Jahre. Aber dieses Mal hat ihr Vorstoß den gewünschten Erfolg nicht gehabt. Dieser industrielle Heißhunger nach uneingeschränkter Mehrerwerthzeugung ging selbst dem deutschen Reichskanzler zu weit, er hat die Eingabe abgelehnt.

Und das Verhalten dieser geplagten Arbeiterinnen zur Organisation? Die Unduldsamkeit der Unternehmer hat bewirkt, daß von den auf den ca. 400 deutschen Zuckerraffinerien beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeitern nur wenige Hunderte sich ihrer, also unserer Organisation angeschlossen haben. In der neueren Zeit angestellte Beobachtungen beweisen, daß Landarbeiter und Leiter von Zuckerraffinerien Hand in Hand gehen, um Leute, die als Zugehörige einer Organisation bekannt sind, von der Beschäftigung auf den Zuckerraffinerien auszuschließen. Besonders vom Kreise Wolmirstedt ist das bekannt geworden. Den Herren, die in diesem Kreise in Patriotismus, d. h. Vaterlandsliebe, machen, scheint es nicht wider den Strich zu gehen, wenn die einheimischen Steuerzahler von der Arbeit ausgeschlossen und an deren Stelle ausländische Arbeiter, die den Verdienst dann meist mit in die Heimath nehmen, eingestellt werden. Aber auch diese Feindseligkeit des Unternehmertums würde an der geschlossenen Phalanx der Arbeiter abprallen wie ein hölzerner Pfeil an einem Granitfels abprallt, wenn die Arbeiter einig wären. Aber leider ertragen sie ohne Murren Jahre lang die größte Unbill, zu ungeliebter Zeit lösen sie dann wider den Stachel, sie machen den Versuch, das Joch, das auf ihnen lastet, etwas zu erleichtern, und wenn dann der gewählte Zeitpunkt ein Vorgehen in dem von den Arbeitern gewünschten Sinn nicht rathsam erscheinen läßt, dann erlahmt wieder der Thatendrang, ohne Murren gehen sie wieder unter das laudinische Joch. Der zielbewußten Organisationsarbeit sind noch nicht Mitarbeiter genug in diesen Reihen erstanden. Die Kollegen aller Art, wo Hochzuckerraffinerien oder Zuckerraffinerien sind, haben die Aufgabe, die Arbeiterinnen und Arbeiter für die Organisation zu gewinnen. Ohne jeden Zweifel gelingt es bei besonnener, andauernder Agitationsarbeit, die Leute als Mitstreiter zu gewinnen und diesen geplagtesten unserer Leidensgenossen ihr Boos zu erleichtern. Daß die Zuckerraffinerie in der Lage ist, das Boos ihrer Arbeiter mildern zu können, wird Niemand bestreiten wollen.

## Ein Tag des Gerichts

war für unsere Organisation der 26. September. Der Vertrauensmann für Niedern-Dodeleben, Hermann Schmidt, stand vor den Schranken des Amtsgerichts zu Magdeburg, weil er die Mitgliederliste auf Verlangen des Herrn Landraths von Wolmirstedt nicht eingereicht hatte. Der Vertrauensmann glaubte die Einreichung verweigern zu können, weil in Niedern-Dodeleben nur Einzelmitglieder dem Verbandsverbande sich angeschlossen haben, deren Beiträge er entgegenzunehmen hat. Irgend eine Thätigkeit im Sinne des Vereinsgesetzes haben diese Einzelmitglieder noch nicht entfaltet. Die angelegte Verhandlung wurde vertagt. Zu dem neuen Termin soll der Vorsitzende August Drey vernommen werden.

Der Straffenrat des Kammergerichts in Berlin hatte am gleichen Tage das in der Straffsache gegen die Zahlstelle Binden vom Amtsgericht Hannover gefällte Urtheil einer Revision zu unterziehen. Der diesem gerichtlichen Verfahren zu Grunde liegende Thatbestand sei noch einmal kurz in Erinnerung gebracht. Die Zahlstelle Binden wurde am 20. Dezember des Jahres 1897 durch eine vom Herrn Polizeipräsidenten zu Hannover ausgestellte Verfügung für „politisch“ erklärt. Der damalige Bevollmächtigte wurde aufgefordert, Frauen, Schüler und Lehrlinge nicht mehr als Mitglieder aufzunehmen und deren Teilnahme an den Sitzungen und Versammlungen zu verhindern. Der Verein „Zahlstelle Binden“ sollte nicht mehr mit Vereinen gleicher Art, oder mit Komitees, Ausschüssen, Central-Organen oder ähnlichen Einrichtungen, oder durch gegenseitigen Schriftwechsel in Verbindung treten. Die nach der polizeilichen Verfügung notwendig werdenden statutarischen Umländerungen wurden unter Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen erwartet. Da aber weder die Bevollmächtigten noch die Mitglieder der Zahlstelle Binden das Recht hatten, eine Aenderung des Statuts vorzunehmen, so konnten sie auch der Polizei-Verfügung nicht nachkommen.

Am dieser Thatsache änderte auch eine am 31. Januar d. J. an die Bevollmächtigten gesandte Erinnerung an die Verfügung nichts. Am 8. Februar wurde dann die Zahlstelle Binden vorläufig polizeilich geschlossen und dem Staatsanwalt entsprechend den Bestimmungen des § 16 Abs. 4 des preussischen Vereinsgesetzes Anzeige erstattet. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage, die am 6. April mit der Freisprechung der angeklagten 3 Bevollmächtigten und 4 weiblichen Mitglieder endete. Der Staatsanwalt legte Revision ein. Die Revision wurde verworfen. Die Angeklagten bleiben freigesprochen, die Kosten hat die Staatskasse zu tragen. Das ist der Ausgang der Politisch-Erklärung.

Wenn uns auch dieser Ausgang mit Freude erfüllt, so müssen wir es doch beklagen, daß es noch möglich ist, die unter unsäglichen Mühen und großen Kosten geschaffenen Gewerkschaftsorganisationen solchem Verfahren auszuweichen. Die Organisation lag in Binden ca. 8 Monate lang brach. Nur mühsam werden die zerrissenen Fäden wieder zusammengeknüpft werden können. Das Verfahren, welches die Thätigkeit verhinderte, hat, wie ja der gerichtliche Ausgang deutlich beweist, keine rechtlich begründete Unterlage. Acht Monate entbehrten die Bindener Kolleginnen und Kollegen des Verteidigungsmittels, das die Organisation darstellt; von den materiellen Opfern, die für die Verteidigung und die Wahrnehmung der Termine durch die Angeklagten gebracht werden mußten, ganz abgesehen. Das ist ein erneuter Beweis dafür, auf wie schwankender Grundlage das Koalitionsrecht der preussischen und der meisten deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen steht. Das Koalitionsrecht auf gefestigten, festen, gegen solche Angriffe gesicherten Rechtsboden zu stellen, diese Aufgabe ist noch zu lösen!

### Aus den Jahresberichten der hessischen Fabrikinspektion.

Die hessische Fabrikinspektion durfte bis heute keineswegs zu den unzuverlässigsten gerechnet werden und zwar sowohl bezüglich ihrer geleisteten Arbeit, als auch ihrer Berichterstattung. Bis vor Kurzem bestand dieselbe aus zwei Inspektoren mit je einem Assistenten. Nun wurde außer diesen ein weiterer Inspektor mit dem Sitz in Offenbach angestellt, und den Aufsichtsbezirken für Rhein- und Oberhessen (Eich Main), wie auch dem neu errichteten Bezirke Offenbach eine Assistentin zugetheilt. Damit hat das kleine Hessen zuerst den Forderungen der zahlreichen Arbeiterinnen Rechnung getragen.

Daß diese Erweiterung notwendig war, ergibt sich schon aus den Ausführungen des Beamten für den 1. Aufsichtsbezirk. Derselbe sagt: „Durch die schriftlichen Arbeiten, hauptsächlich Gutachten bei der Errichtung oder Veränderung gewerblicher Anlagen und bei Beschwerden über Belästigungen von Nachbarn u. s. w. wird die Revisionsfähigkeit der Aufsichtsbeamten wesentlich beschränkt. So wurden denn auch im 1. Bezirke (Eich Darmstadt) von 1223 dem Bezirke unterstellten Betrieben nur 735 revidirt, und zwar 619 Betriebe 1 Mal, 101 2 Mal und 15 Betriebe 3 und mehr Mal. Die Zahl der in obigen Betrieben beschäftigten Arbeiter beträgt 28 241 männliche und 8638 weibliche. In den revidirten Betrieben befanden sich 1441 jugendliche und 19 145 erwachsene männliche, 956 jugendliche und 5763 erwachsene weibliche Arbeiter. Es beträgt somit die Gesamtzahl der in den revidirten Betrieben beschäftigten Arbeiter 27 305, die Zahl der in den unterstellten Betrieben beschäftigten 56 879, woraus hervorgeht, daß, obwohl das Verhältniß nicht das schlechteste, die Inspektion noch bedeutend zu erweitern ist. Mindestens 1 Mal müßte jeder Betrieb im Jahre revidirt werden, und zwar so, daß der Beamte auch die Revision gründlich ausübt, denn die Arbeiter in den Fabriken merken selten etwas von dem revidirenden Beamten. In dem 2. Bezirke (Eich Mainz) wurden 922 Revisionen vorgenommen, hierunter befanden sich 6 Nachrevisionen und 30 am Sonn- und Feiertagen.“

Das Verzeichniß der dem Bezirk unterstellten Betriebe weist 1435 Anlagen auf, so daß also 45 Proz. der Betriebe besucht wurden.

Bei den 922 Revisionen wurden 2845 jugendliche und 37 960 erwachsene männliche Arbeiter angetroffen, ferner 1587 jugendliche weibliche und 8017 erwachsene Arbeiterinnen. Der Arbeiterschatz erstreckte sich in diesem Bezirke auf 50 409 Arbeiter.

Die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter ist in den beiden Berichten eingehend geschildert und durch Tabellen veranschaulicht. Die Zunahme der jugendlichen Arbeiter geschah in dem abgelaufenen Jahre in ungefähr demselben Verhältnisse, wie die Zunahme der erwachsenen Arbeiter, in einzelnen Industriegruppen ist sogar eine Abnahme der Beschäftigung ersterer zu beobachten. So hat in dem 2. Bezirke die Zahl der Fabriken, welche jugendliche Arbeiter beschäftigen, um 39 zugenommen, die Anzahl der jungen Leute aber um 206 abgenommen. Ebenso zeigt die Beschäftigung erwachsener Arbeiterinnen keine große Vermehrung im 1. Bezirke (1897 7446 gegen 6742 in 1896), während im 2. Bezirke dieselben um 297 abgenommen haben.

Die Zunahme der Arbeiterinnen erstreckt sich auf die Zigarrenfabrikation, die Schuhfabriken und Hasenhaarschneidereien, die Portefeulle-Industrie u. s. w. Hier erscheint es angebracht, festzustellen, daß in all den oben genannten Industriezweigen die Hausindustrie (mit Ausnahme der Schuhfabrikation) ganz bedeutend an Ausdehnung gewinnt, daß in der Offenbacher Portefeulle-Industrie z. B. ganze Fabriklokaleitäten heute leer stehen, während die Fahrwerke der Geschäftsinhaber täglich mit Arbeit nach den umliegenden Orten fahren. So lange die Aufsicht der Inspektoren sich nicht auch auf die Hausindustrie erstreckt, wird man ein klares Bild über die Beschäftigung der Kinder, der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen nicht erhalten können. In dem ersten Aufsichtsbezirk wurden in 34 Betrieben Uebertretungen und Vergehen der Schutzgesetze und Verordnungen betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen ermittelt, davon wurden acht Personen bestraft, und die alte Erfahrung aufs Neue bekräftigt, daß die Schutzgesetze da sind, um von den Unternehmern nicht befolgt zu werden. So hat der Aufsichtsbefugte für den 2. Bezirk in 48 Anlagen Zuwiderhandlungen festgestellt, davon wurde eine Person bestraft und ein Verfahren schwabte zur Zeit der Berichterstattung. Auch der letztere Beamte schreibt, daß auch in dem vergangenen Jahre wahrgenommen werden mußte, daß zahlreiche Beschäftigungen entgegen dem § 137 Abs. 1 der Gewerbeordnung an Sonnabenden und den Vorabenden der hohen Festtage vorgenommen wurden. Es scheint, daß die Arbeiterinnen trotz des geringen Lohnes lieber Uebertretungen des Gesetzes dulden, als daß sie Gefahr laufen wollen, durch eine Mittheilung über diese Mißstände ihre Arbeitsgelegenheit zu verlieren. Auch scheinen viele Arbeiterinnen eingeschüchtern zu sein durch schroffe Zurechtweisungen männlicher Unternehmer oder deren Angestellten. Machen doch letztere auf die Arbeiterinnen, als die wirtschaftlich Schwächeren, einen viel größeren Eindruck als auf den physisch stärkeren männlichen Arbeiter, welcher besser bezahlt wird, durch häufigere Arbeitsgelegenheit wesentlich günstiger dasteht, und vielfach als Mitglied einer Organisation eine feste Stütze hat. So vernehmen wir aus dem Munde des Aufsichtsbeamten die Bestätigung unserer bei den Nebenarbeiterinnen gemachten Erfahrungen. Der niedrige Lohn, die Furcht, die Arbeitsstelle zu verlieren, macht die Arbeiterinnen gefügig und nicht bloß dulden sie ihre stärkere Ausbeutung, sondern auch noch vieles Andere von den Unternehmern und deren Beauftragten. Aber auch die Bestätigung, daß die Arbeiter an den Organisationen ihre feste Stütze haben, erhalten wir durch den Beamten; jene Organisationen, in man deshalb vernichten, deren Leiter man heute in das Zuchthaus stecken will.

Diese Worte des Fabrikinspektors für die rhein- und oberhessischen Provinzen können nicht laut genug den Arbeitern und Arbeiterinnen zugerufen werden, damit sie suchen, diese feste Stütze zu erreichen.

Die Ueberarbeit wurde reichlich bewilligt, viel mehr als bewilligt werden sollte. So wurden im zweiten Bezirke für 363 Arbeiterinnen an 240 Tagen Ueberarbeit gestattet in der Gesamtzahl von 88 420 Stunden.

Die Berichte zählen die Bewilligungen einzeln auf, geben auch einen Ueberblick der in den Fabriken üblichen Arbeitszeit. 80 Prozent der Fabriken im zweiten Bezirke hatten durch Fabrikordnung (1896) eine zehnstündige Arbeitszeit, und im letzten Jahre hat sich das Verhältniß nicht besonders verschoben, so daß, wie der Beamte schreibt, in 75 Proz. sämtlicher Fabriken der zehnstündige Arbeitstag gesetzlich mit Bechtigkeit eingeführt werden konnte.

Bei den Erhebungen über gesundheitschädliche Einflüsse ist besonders von dem Beamten des 2. Bezirkes reiches Material zusammengetragen, das gerade für die ungelerten Arbeiter von großer Bedeutung sein dürfte. Die Beschreibung desselben darf für einen späteren Artikel wohl zurückgestellt werden. Die Opfer auf dem Schlachtfelde der hessischen Industrie sind zahlreich genug. Der Bericht des Darmstädter Inspektors zählt für 1897 1338 Unfälle auf, davon mit tödtlichem Ausgang 23. In dem Mainzer Bericht finden wir 1011 Unfälle, davon 12, welche den Tod zur Folge hatten. Wie die Unternehmer bereit sind, den Arbeitern die Wohlthaten des Unfallgesetzes zuzuführen, beweist neben vielen Anderen die verhältnißmäßig große Zahl der Unternehmern, welche die Anmeldung zur Unfallversicherung unterlassen. Auch hier zeigt die Beschreibung der einzelnen Fälle, wie oft sehr leicht

Leben und Gesundheit der Arbeiter besser geschützt werden könnte.

Für die Provinzen Rhein- und Oberhessen ist eine Zusammenstellung der ortsüblichen Tagelöhne eingefügt. Derselbe schwankt in Oberhessen von 1,50 Mk. bis 2,20 Mk. für erwachsene männliche, von 1 Mk. bis 1,30 Mk. für erwachsene weibliche Arbeiter, für jugendliche männliche 1—1,30 Mk., für jugendliche weibliche 0,70 bis 1 Mk.

In der oberhessischen Provinz stellt sich der Lohn noch niedriger, und zwar von 1,40 bis 2 Mk. für erstere, 0,90 bis 1,30 Mk. für zweite, 0,80 bis 1,20 Mk. und 0,60 bis 0,85 Mk. für dritte und vierte Kategorie von Arbeitern.

Wenn so die Arbeit der Beamten eine vorzügliche genannt werden darf, so könnten die Wohlthätigkeits-Einrichtungen etwas weniger eingehend besprochen werden, oder wenigstens neben den Licht- auch der Schattenseiten Erwähnung gethan werden. Dies findet man aber nur bei Besprechung der Konsumanstalten in den Pflanzschulen, wo neben den Nahrungsmitteln auch große Mengen Bier, Schnaps u. s. w. von dem Unternehmer verscholgt werden, die Arbeiter dadurch in die allerungünstigsten Verhältnisse bringend.

Auch der Lohnbewegungen wurde in den Berichten eingehend gedacht. Bei genauer Durchsicht finden wir, daß die Auskünfte von den Leitern der Bewegungen weniger berücksichtigt wurden, als etwaige Mittheilungen, die von den Unternehmern bezw. deren Preisorganen kamen. So sind auch die beiden Auskünfte unserer Arbeiterkolleginnen in der Hasenhaarschneiderei von Bloch und Hirsch geschildert. Nach dem Berichte sollen die Arbeiterinnen ohne Abkündigung die Arbeit niedergelegt haben, also kontraktbrüchig geworden sein. In beiden Fällen war aber die Ursache der Arbeitsniederlegung die Nichtauszahlung des vereinbarten Lohnes, bezw. dessen Herabsetzung ohne vorherige Bekanntgabe, und das darf der Herr Gewerberath wohl wissen, daß bei solchen Anlässen die Arbeiter ohne Abkündigung die Arbeit verlassen dürfen. Noch manche andere Ausführungen wäre hier am Platze, doch wollen wir in einem späteren Artikel darauf zurückkommen.

### Soziale Rundschau.

— Unsere Gegner im Kreise Wolmirstedt sind arg in Verlegenheit um Waffen für den gegen das Koalitionsrecht zu führenden Kampf. Nachdem sie so ziemlich alle Waffen, die das Stumm'sche Arsenal zur Verfügung stellt, stumpf und schartig gemacht haben, führen sie nun gegen unsere Organisation ins Feld, daß ihr Leiter und Mitbegründer, der Verbandsgenosse Drey, mehrere Male Reichstagskandidat der Sozialdemokratie gewesen sei; damit werden auch die Ausschließungen aus dem Landwehrunterstützungsverein begründet. Einfach schrecklich. Ja, wenn der Leiter wenigstens noch einer von den Edelsten und Besten wäre!

— Der „Bund der Industriellen“ hält vom 9. bis 11. Oktober in Berlin im Hotel zu den Vier Jahreszeiten seine ordentliche Generalversammlung ab. Unter Anderem soll über folgende Punkte verhandelt werden: „Der wirtschaftliche Ausschuss und die Bundesstelle zur Vorbereitung neuer Handelsverträge“ (Referent: A. v. Dreyse aus Sommerda, Korreferent: Dr. W. Wendland aus Berlin), „Die Errichtung eines deutschen Reichs-Handelsmuseums“ (Referent: Direktor C. Breuer, Korreferent: Dr. Hermann Schumacher), „Organisation des Arbeitsnachweises“ (Referent: Dr. Oscar Martens aus Hamburg, Korreferent: Fabrikbesitzer Dr. Kunath aus Leipzig), „Errichtung eines Industriellen Schiedsgerichts“ (Referent: der Syndikus des Bundes, Rechtsanwalt Dr. Jul. Lubjanski).

— Wie Landarbeiter behandelt werden. Aus Erfurt wird berichtet: Am 18. Juli d. J. kam der Knecht Wilhelm Voigt aus Kühnhäusen, der auf dem dortigen Gut beschäftigt ist, früh 20 Minuten vor fünf, nach Ansicht des Inspektors bereits eine Stunde zu spät, auf Arbeit. Voigt entschuldigte sich bei dem Inspektor Weier, er sei spät von der Kirche in Mäch nach Hause gekommen und habe die Zeit verschlafen. Der Inspektor drängte ihn nach dem im Hofe stehenden Brunnen, drückte ihn hinterrücks über den Brunnenrand unter die Pumpe, pumpte ihn, um ihn zu „ernüchtern“, Wasser in das Gesicht und ohrfeigte ihn. Der Ohrfeigte hat, wie das ärztliche Attest besagte, verschiedene Verletzungen davongetragen; er verklagte deshalb den Inspektor und gestern hatte sich das Erfurter Schöffengericht mit dieser Angelegenheit zu befassen. Der Amtsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 20 Mark. Der Nebenkläger, durch Herrn Rechtsanwalt Anderseck vertreten, betonte die ganz besondere Rohheit in der Handlungsweise; diese sei in der That die Ursache, daß die landlichen Arbeiter immer mehr nach der Stadt drängen, er beantrage, dem Angeklagten eine an den Verletzten zu zahlende Buße von 7,50 Mark aufzuerlegen. Der Gerichtshof lehnte den Antrag des Nebenklägers auf Zahlung einer Buße ab und verurtheilte den Inspektor zu fünf Mark Geldstrafe; der Inspektor habe geglaubt, seiner Autorität etwas zu vergeben, wenn er nicht so gehandelt hätte, wie geschehen! Das sei als Milderungsgrund anzurechnen. Da darf man sich nicht wundern, wenn auch andere Arbeitgeber ein Rästchen verspüren, sich für fünf Mark

auf solche Weise die nötige „Autorität“ zu verschaffen.

Man bedenke — 20 Minuten vor Fünf angetreten, das ist eine Stunde zu spät zur Arbeit gekommen; rechnet man ferner, daß auf dem Lande erst der Sonnenuntergang den Feierabend bringt, welche unmenschlich lange Arbeitszeit kommt dann heraus. Und diesen geplagten Arbeitern verweigert man das Koalitionsrecht.

### Korrespondenzen.

**Braunschweig.** In sachlicher und ausführlicher Weise referierte unser Delegierter, Kollege Ohlenborg, am 6. September über die Verhandlungen des Verbandstages. Die Anwesenden waren mit den Ausführungen einverstanden und nahmen folgende Resolution an: Die heutige ordentliche Mitglieder-Versammlung erkennt die Thätigkeit des Kollegen Ohlenborg als Delegierter als vollkommen mit ihren Ansichten übereinstimmend an. Sie erkennt die Beschlüsse des Verbandstages als bindend für sich an und verspricht, in der Folge so wie früher fleißig für den Verband thätig zu sein und ihm neue Mitglieder zuzuführen.

**Berlin.** Der Kollege Schumann erstattete am 15. September Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages. Eine Diskussion knüpfte sich an den Vortrag nicht. Auch die angeführte Vorlage, die den Anreger zum Streik mit Zuchthausstrafe belegen will, wurde von ihm angeführt. — Zu dem am 22. Oktober in Raabe's Salon abgehaltenen Vergnügen wurde ein Komitee gewählt. — Zum Schluß theilte der Bevollmächtigte mit, daß in nächster Zeit eine außerordentliche Versammlung abgehalten werden soll, und bittet um zahlreichem Besuch.

**Dresden.** In der am 14. September tagenden Versammlung referierte Kollege Fleißner über „Zweck und Nutzen der Organisation.“ — Der Vertrauensmann kritisierte unter Punkt „Gewerkschaftliches“ das Vorgehen der Direktion und der Beamten der sächsisch-böhmischen Summiwarenfabrik. In diesem Etablissement würden fortgesetzt Leute, die schon jahrelang beschäftigt waren, gemahregelt und bei jeder geringfügigen Gelegenheit entlassen. Diese Entlassungen seien noch zahlreicher geworden, seitdem ein Vorarbeiter Namens Busse eingestellt worden, der sich nicht zu bestreiten scheine, in einem einschlägigen Verhältnis mit den Arbeitern zu stehen. Erst vor wenigen Wochen sei wieder ein Kollege, der seine Kräfte 6 1/2 Jahre der Fabrik geopfert habe, entlassen worden. Als Grund der Entlassung wird Mangel an Arbeit angegeben. Trotz dieses angeblichen Mangels werden neue Leute angestellt und Abends bis 7 Uhr gearbeitet. In Folge dieser letzten Entlassung ward der Arbeiterausschuß bei dem Herrn Betriebsdirektor vorstellig. Dieser Herr theilte dem Ausschuss in Gegenwart dritter Personen, in einem Tone, der ihm wohl sonst nicht eigen sein wird, mit, sie sollten ihre Nase wo anders hinstecken und sich nicht immer um die Entlassung von Arbeitern bekümmern. In Folge dieses Empfanges und der eigenhümlichen Art, in der die Beschwerde ihre Erledigung fand, legte der Arbeiter-Ausschuß sein Amt nieder. Bei der Neuwahl wurden nur unbeschriebene Zettel abgegeben. Der Herr Direktor ließ nun den Ausschuss zu einer Sitzung berufen, in dieser lieferte er den Nachweis, daß er auch über andere Umgangsformen verfügt. Die Versammlung erblickte in der Entlassung des Kollegen Sch. eine Maßregelung. Zum Schluß brachte Kollege Sturm noch den Familien-Abend in Erinnerung, der am 15. Oktober abgehalten wurde.

**Eisenberg.** Ueber Zweck und Nutzen der Organisation sprach am 17. September Genosse Wesselschneider aus Gera am hiesigen Orte. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen und veranlaßte, daß mehrere Kollegen sich zur Aufnahme in den Verband meldeten. Die Versammlung wird wohl auch den Anstoß gegeben haben, daß die dem Verbands angehörnden Kollegen sich mehr an den Mitglieder-Versammlungen beteiligen.

**Elmhorn.** Am 17. September tagte unsere Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Krause, Flammweg. Der Kartellbericht wurde gegeben und veranlaßte die Versammlung, den Beschluß zu fassen, auf den „Arbeitsmarkt“ zu abonnieren. Den Bericht über den Ausstand in der Pianig'schen Lederfabrik erstattete Kollege Fingelberg. Es sind an diesem Ausstand 22 Kollegen, die 57 Kinder haben, theilhaftig. Zu der am 23. Oktober in Neumünster tagenden Konferenz wurde Kollege Bestmann gewählt.

**Elmstein.** In unserer am 26. September tagenden Versammlung wurde beschlossen, jeden ersten Sonntag im Monat eine Versammlung abzuhalten; in dieser sollen die Beiträge erhoben werden, da uns das von Haus zu Haus gehen zu theuer kommt. Die Mitglieder wollen also beachten, daß in Zukunft der Reihe der uns zur Verfügung stehenden Lokale nach die Versammlungen abgehalten werden.

**Frankfurt a. M.** Am Sonnabend, den 27. August, erstattete Kollege Lang Bericht vom Verbandstage. Derselbe erläuterte seine Stellung zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung. Gegen den Bericht des Vorstandes und des Ausschusses hatte unser Delegierter nichts einzuwenden. Auch mit der Agitation könne man zufrieden sein. Für Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung konnte sich Redner nicht erwärmen. Der Beweis für die Nothwendigkeit der Einführung sei nicht gebracht worden. Gewanbert habe sich der Kollege, daß die Unterstützung in Sterbefällen schon beraten worden sei, bevor noch festgelegt war, ob man diese bei den 10 Pf. = Beiträgen leisten könne, jedenfalls sei die Erhöhung der Beiträge schon ausgemachte Sache gewesen. (Der Kollege wollte damit jedenfalls sagen, daß die Mehrzahl der Delegierten schon mit der Ueberzeugung nach dem Verbandstag kamen, daß die Beiträge erhöht werden müßten. D. R.) Wenn man ein zugkräftiges Agitationsmittel für die Inbitterten schaffen wollte, dann hätte man den Rechtschutz auf Unfälle ausdehnen sollen. Wenn Drey sagte, daß das Klagen auf Armenrecht keine Armenunterstützung sei und die Arbeiter auf Armenrecht klagen könnten, so sollte man sich einen solchen Rechtschutz nur genau betrachten, so würde man schon finden, wie derselbe aussehe. (Was die vorstehenden Worte mit in den Mund legen, habe ich gar nicht gesagt. Nicht bei Beratung der Ausdehnung des Rechtschutzes auf Unfälle, sondern im Anschluß an eine kurz vor Schluß des Verbandstages gegen mich vorgebrachte Beschwerde habe ich von Klagen auf Armenrecht gesprochen. Letzteres habe ich nicht etwa allgemein empfohlen, sondern in einem einzigen Falle hatte ich einem Kollegen den Vorschlag gemacht, ob er es wolle oder nicht, hatte ich dem Kollegen anheim gestellt. Das ist doch etwas ganz anderes, als was wir nun unterstellt wird. A. B.) Die Beitragserhöhung wurde angenommen. Redner besaß sich der Abstimmung enthalten, weil er einen strikten Auftrag gehabt habe, gegen die Erhöhung zu stimmen. Von dem auf Antrag der Zahlstelle Offenbach herbeigeführten Beschluß, Agitationsgare zu schaffen, versprach Redner sich große Vortheile nicht. Gegen die Gehaltserhöhung des Vorsitzenden und des Kassirers und die Wiederwahl habe er nichts einzuwenden gehabt. Der Antrag Frankfurt, Abhaltung der Verbandstage betreffend, wurde abgelehnt, weil er an der Zusammenfassung des Verbandstages nichts ändern würde. Die Diskussion des Berichtes wurde in der Versammlung am 19. September vorgenommen. Kollege Lang erläuterte zunächst das angenommene Streitreglement und die Beiträge zu dem-

selben. Die Mitglieder hätten fünf Pfennige Beiträge zu zahlen, es sei aber nicht gesagt, ob diese monatlich oder wöchentlich zu leisten seien. Nach seinem Ermessen sollten die Kollegen allmonatlich eine solche Marke lösen, auf diese Weise komme ein immerhin beträchtlicher Kampffonds zu Stande. — Redner erwiderte mit der Thätigkeit des Kollegen Lang einverstanden und meinte, daß die Unterstützung an die Hinterbliebenen nicht zu den Aufgaben des Verbandes gehöre. Die Erhöhung der Beiträge findet den Beifall dieses Kollegen durchaus nicht. In Süddeutschland sei der Lohn so gering, daß es den Kollegen schwer werde, die seitherigen Beiträge zu leisten. Mit der Erhöhung habe man die Agitation sehr gehemmt. Im Laufe der nächsten Jahre werde man schon einsehen, wie der Beschluß gewirkt habe. Mit dem seitherigen Beitrag sei man ganz gut ausgetommen. (Mitunter sehr gut!) Es wurde nämlich meistens Alles alle! Bei einem Quartalsabschluss war nicht so viel da, daß die Gehälter bezahlt werden konnten! A. B.) Jetzt verhältnisse die Unterstützung Sterbefällen die Beitragserhöhung. Auch der Streiffonds findet nicht den Beifall dieses Kollegen. Es sprachen dann noch die Kollegen Eiser, Wegener, Kaufmann und Andere. Eine Resolution, die sich mit der Thätigkeit des Kollegen Lang mit Ausnahme seines Verhaltens gegenüber der Beitragserhöhung und dem Streiffonds einverstanden erklärt, wurde angenommen.

**Hamburg.** In dem Versammlungsberichte in Nr. 20 dieses Blattes ist bei der Abrechnung von der alten Zahlstelle ein Bestand von 115,89 M. verzeichnet. Diese Summe ist jedoch kein Bestand, sondern wir haben zu dieser Summe noch circa 90 M. aus unserer Lokalliste zugelegt. Da noch die Beiträge für 10 Quartale und noch Schulden vom Hosenarbeiterstreik an das Gewerkschaftskartell zu bezahlen waren. Es ist somit bei der Abrechnung der alten Verwaltung, welche von Seiten der Revisionskommission und der jetzigen Leitung fertig gestellt wurde, kein Ueberschuß, sondern ein Defizit vorhanden gewesen.

### Die Bevollmächtigten.

J. A.: E. H. Schröder.

**Hamm.** Der Delegierte für den 10. Wahlkreis, Kollege Sack, gab am 13. v. Mts. seinen Bericht über die Thätigkeit des Verbandstages. Die Versammlung beschloß nach Anhörung des Berichtes, 200 Protokolle über die Verhandlungen des Verbandstages senden zu lassen. Zu der in diesem Monat in Neumünster tagenden Konferenz wird Kollege Ahrens delegiert werden. Sodann wurde beschlossen, den Hilfskassirern 7 1/2 Prozent zu bewilligen. Der Bibliothek werden 50 M. überwiesen.

**Höchst a. M.** Am 21. September sprach Kollege Lege n d e e r über die Streikstatistik vom Jahre 1897 in ausführlicher Weise. An der Hand der Statistik des „Korrespondenzblattes“ wies Redner nach, daß die organisierte Arbeiterschaft allgemein weniger zu Streiks neige, das zeige die Zahl der Abwehrtreue, wozu stets die Unternehmer Anlaß gegeben hätten. Wenn es eintreffen sollte, daß jede Anreizung zu Streiks bestraft werden sollte, so glaube er jedoch, daß man auch damit die Streiks nicht unmöglich mache, der Arbeiter werde sich sein letztes Kampfmittel nicht nehmen lassen. Die lebhafteste Diskussion zeigte, wie zeitgemäß das Thema war. Unter „Verschiedenes“ wurden die Zustände, die in den „Deutschen Gelatinefabriken“ herrschen, besprochen, besonders die Behandlung der Arbeiterinnen und der jugendlichen Arbeiter. Bei letzteren erfolgen bei jeder kleinen Uebertretung Geldstrafen, welche von dem obnehin kärglichen Lohne in Abzug gebracht werden und über deren Verwendung bis jetzt nichts bekannt geworden sein soll. Besonders wurden auch die „Farbwerke“ mit ihren Wohlfahrtseinrichtungen wieder einer würdigen Kritik unterzogen und auf die schlechte Menage und auf die Zustände in den Fabrik-Aborten hingewiesen. Die Beschwerden von den Arbeitern der „Deutschen Gelatinefabriken“ über unzureichende Lohnabzüge sollen soweit wie möglich untersucht, ob dieselben auf Grund der Fabrikordnung berechtigt sind, und in der nächsten Mitglieder-Versammlung darüber Bericht erstattet werden. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

**Itzehoe.** Am 24. September tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Der Vortrag über die parlamentarische Ordnung mußte ausfallen. Als Delegierter zu der Konferenz in Neumünster wurde Kollege Schlüter gewählt. Das Verhalten eines hiesigen Genossen in einer von uns nach Wülstler einberufenen Versammlung, in der eine Zahlstelle unseres Verbandes gegründet werden sollte, wurde kritisiert. Es wurde unter Anderem gesagt, der Genosse hätte, bevor er seine Ausführungen machte, sich erst überzueignen sollen, was unser Verband geleistet hat. Sein schiefes Urtheil hätte er dann nicht abgeben können.

**Gr. Lichterselde.** Da unsere Mitgliederzahl noch gering ist, so haben wir, um Kosten zu sparen, beschlossen, anstatt uns Vorträge halten zu lassen, selbst Vorlesungen zu veranstalten. Kollege Protsch hielt am 4. September die erste Vorlesung über „Arbeitslosigkeit, ihre Ursache und deren Beseitigung.“ Die Vorlesung wurde allseitig mit großer Spannung verfolgt, von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Unter „Verschiedenes“ machte der 1. Bevollmächtigte bekannt, daß in nächster Zeit die Protokolle des 4. Verbandstages herausgegeben werden; es ist dringlich deshalb eine Liste, um die Zahl der zu bestellenden Protokolle festzustellen. Es wurden dann einige Anweisungen vollzogen.

**Lüneburg.** Den energischen Bemühungen einiger verständigeren Kollegen ist es zu danken, daß die hiesige Zahlstelle des Verbandes, die ihrer Auflösung nahe war, wieder anfängt, sich zu heben. Mehrere Kollegen, die in Folge der fortwährenden Streitigkeiten innerhalb der Zahlstelle und der persönlichen Reibereien, die in den Zahlstellen-Versammlungen ausgebrochen wurden, verbandsmüde geworden waren, sind wieder dem Verbands beigetreten. Die am Sonntag, den 26. v. M., in der Lambertier-Wierhelle tagende Versammlung hat erfreulicher Weise den Beweis geliefert, daß die Kraft und der Muth der Mitglieder noch nicht gebrochen ist, daß aber auch mit der bisher im Schwung gewesenen Kritik, die Verbandsversammlung zum Zummelpfad persönlicher Streitigkeiten zu machen, gänzlich gebrochen ist. Die Versammlung nahm Kenntniß von dem an die Zahlstelle gerichteten Schreiben des früheren 1. Bevollmächtigten W. und überwies dasselbe dem jetzigen Bevollmächtigten zur weiteren Erledigung nach dessen Gutdünken. Ein Antrag, die Verbandsversammlungen von dem Sonntag auf einen Wochentag zu verlegen, fand nicht die Zustimmung der Mitglieder. Dieser Antrag soll bis zum Frühjahr vertagt werden. Eine Besprechung, in welcher Weise dem Verbands am besten Mitglieder zugeführt werden können, fand ihre Erledigung in der Annahme verschiedener Anträge, welche zugleich einzelnen Mitgliedern zur Erledigung überwiesen wurden. Die nächste Versammlung tagt am Sonntag, den 9. Oktober. An den dem Verband treu gebliebenen Mitgliedern liegt es, dafür zu sorgen, daß zunächst die Versammlungen gut besucht werden, dann werden sich auch wieder Mittel finden lassen, die Zahlstelle auf ihre frühere Höhe und darüber hinaus zu bringen.

**Siegen.** Mit vielen Schwierigkeiten haben wir zu kämpfen. In jüngster Zeit haben die Gegner im Kampfe gegen Arbeiter zu der nicht mehr ungewöhnlichen Waffe der Verleumdung gegriffen. Der Zweck sollte sein, uns das bislang innegehabte Lokal abhandeln zu machen. Der Witz war einseitig genug, um den Einflüsterungen kein Gehör zu schenken. Leider fehlt unseren lieben Kollegen die erforderliche Einsicht. Anstatt ihr Geld in einem Lokale zu verzerren, das uns auch zur Beratung unserer Angelegenheiten zur Verfügung steht, bringen sie ihre sauer verdienten Groschen nach Lokalbesitzern hin, die Gegner unserer Bestrebungen sind und ihrer Gegner-

schaft durch Verweigerung ihrer Lokalitäten zu Versammlungen Ausdruck geben. Hoffentlich können unsere Kollegen zur Einsicht und zur Aenderung ihres Verhaltens.

**Magdeburg.** Sonnabend, den 17. September, referierte Genosse R. Witsch über die Klagengegenstände der heutigen Gesellschaft, unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse am hiesigen Orte. Redner gab in seinem Vortrage ein Bild von der technischen Entwicklung und der sowohl dadurch, als auch durch die verminderte Kaufkraft der Arbeiter herbeigeführten Ueberproduktion. Das Bestreben der Arbeiter, sich durch Koalition bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, werde oft von dem Unternehmertum mit brutaler Faust niedergehalten. Daß auch der Staat für die Unternehmer eintrete, beweise die Hofadams'sche Umfrage und die zu erwartende Zuchthausgefahr. Nach eingehender Erörterung all der angeführten Gesichtspunkte feuerte der Referent zum Schluß seiner Ausführungen die Anwesenden an, sich durch nichts von der Organisation zurückhalten zu lassen. Unter Verbandsangelegenheiten wurde beschlossen, im Winterhalbjahre je zwei Versammlungen im Monat, und zwar jeden Sonnabend nach dem 1. und 15., abzuhalten. Ein Mitglied, welches während der Bauarbeiter-Ausperrung die gemeinsamen Interessen der Arbeiter vertritt, wurde ausgeschlossen. Nach der Wahl von zwei Hilfskassirern wurde die Versammlung geschlossen.

**Mannheim.** Der Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages sollte am 11. September gegeben werden. Der Delegierte für unseren Wahlkreis lehnte das Referat aber ab, weil er den Verhandlungen nur zwei Tage zuwohnen habe. In der Debatte wurde betont, daß es nicht die Kollegen Klager gewesen wäre, die Wahl als Delegierter abzulehnen, da es ihm doch nicht unbekannt gewesen sein könnte, daß der Verbandstag länger als zwei Tage tagt. Aber auch die Leiter der Zahlstelle Ludwigshafen hätten darauf drängen müssen, daß ein Kollege als Delegierter gewählt worden wäre, der auch in der Lage war, das ihm übertragene Mandat auszuüben, damit nicht das so mühsam von den Mitgliedern zusammengebrachte Geld zu zwecklosen Reisen verausgabt werde, und die Mitglieder unvertreten sind. Es wurde beschlossen, an der Hand des Protokolles die Thätigkeit des Verbandstages den Mitgliedern bekannt zu geben.

**München.** (West.) Ueber die Bedeutung der Erhöhung des ortsbüchlichen Tagelohnes sprach Kollege Richter am 18. September in recht anregender und interessanter Weise. Unter Verbandsangelegenheiten wurden die Verhandlungen des Verbandstages besprochen und dabei einige Einwendungen, die wegen der Erhöhung der Beiträge erhoben wurden, widerlegt. Mit einer Aufforderung an die Mitglieder, eifrig für den Verband thätig zu sein, die Versammlungen regelmäßig und pünktlich zu besuchen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Potsdam.** Am 22. September tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Kollege Schumann-Berlin besprach die Verhältnisse der auf Wappenfabriken beschäftigten Arbeiter. Auch hier am Orte ist eine solche Fabrik und müßten die Kollegen befreit sein, Besserungen für die betreffenden Arbeiter herbeizuführen. Darauf wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht. Der 2. Bevollmächtigte legte dann die Abrechnung vom 2. Quartal vor. Die Versammlung ertheilte ihm Entlastung. Unter Punkt 4 erstattete Kollege Schumann Bericht vom Verbandstage. Redner betonte, die Erhöhung der Beiträge sei nothwendig geworden, weil die Kollegen an den Verband immer größere Ansprüche stellten; den Ansprüchen der Mitglieder sei der Verbandstag weit entgegengekommen.

**Schwenditz.** Am 24. September tagte hier eine öffentliche Versammlung zum Zwecke der Gründung einer Zahlstelle des Verbandes. Genosse Grenz aus Leipzig hatte das einleitende Referat übernommen; derselbe sprach über das Thema: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und die Nothwendigkeit der Organisation“ in bekannter gemeinverständlicher Weise, so daß ihm nach Schluß seiner Rede der lebhafteste Beifall gezollt wurde. Soweit gut. Allein des Lebens ungemischte Freude ward keinem Sterblichen zu Theil. — Ueber Demen nämlich, welche gekommen waren, um eine Zahlstelle zu gründen, hatten sich auch solche eingefunden, die das entgegengesetzte Interesse hatten, und waren dies eine Anzahl Mitglieder des Hirschbunder'schen Gewerkschafts von hier, welche sich in den Herren Gübner, Traber und noch einigen anderen Herren aus Leipzig Verstärkung geholt hatten. Bereits in einer früheren Versammlung hatten dieselben Leuten die ihnen gewährte Redefreiheit so ausgedehnt, daß man der vorgeückten Zeit wegen nicht den eigentlichen Zweck der Versammlung, nämlich die Wahl der Verwaltungspersonen für die Zahlstelle, erreichen konnte. Um dieses „übliche“ Vorhaben der Herren Arbeiter vom Gewerkschaftsverein zu vereiteln, beantragte der Vorsitzende Kollege Bephold, den zweiten Punkt der Tagesordnung, „Diskussion“, zurückzustellen und dafür den 3. Punkt, also die nöthigen Wahlen, vorzunehmen. Dies ging aber den Gewerkschaftlern gegen den Strich, die Herren Gübner und Traber nahmen zur Geschäftsordnung das Wort und erklärten, daß man damit beschäftigte, sie mundtot zu machen, und forderten ihre Betreten auf, mit ihnen den Saal zu verlassen. Diese Erklärung wirkte auf die Versammlung so verhängnisvoll, daß sie mit lebhaften ironischen Bravouren und Sündenläusen begrüßt wurde. Genosse C. Müller sagte den Friedensfürdern sofort, daß wenn es ihnen nur darum zu thun sei, mit uns eine sachliche Diskussion zu pflegen, sie sich dann doch 10 Minuten gedulden sollten, bis die Wahl vorüber sei, gingen sie dennoch, so dokumentirten sie damit, daß ihr Erscheinen lediglich nur den bereits erwähnten Zweck habe. Allein die Hirsche gingen. — Anstatt sich aber ruhig und anständig aus dem Saale zu entfernen, geschah dies unter allerlei lächerlichen Bemerkungen, welche den Widerspruch der Versammlung hervorriefen, so daß ein Tumult entstand, der beinahe die Auflösung der Versammlung zur Folge hatte. Nachdem sich hinter den Herren Ausreißern endlich die Thür geschlossen hatte, konnte die Wahl vorgenommen werden, und wurden die Kollegen Hermann Bephold, Hermann Frische und Karl Klepzig zu Bevollmächtigten und die Kollegen Wilhelm Ewald, Gustav Röder und Albert Pöhner als Revisoren in Vorschlag gebracht. Der ganze Akt hatte kaum 10 Minuten in Anspruch genommen und man trat in die Diskussion ein, welche zum allgemeinen Bedauern in Folge der Abwesenheit der Gewerkschaftler weniger an Interesse, wohl aber an heiteren Momenten eingebüßt hatte. Geschlossen wurde noch, daß die Versammlungen jeden dritten Sonntag im Monat im Sigmund'schen Restaurant tagen sollen. Als Mitglieder haben sich bereits 33 Kollegen gemeldet.

**Thalheim.** Sonntag, den 18. September, tagte unsere Monatsversammlung im „Wilden Jäger“. Im 1. Punkt wurde beschlossen, von den Gründungen neuer Zahlstellen in Grund und Colln abzusehen und vorläufig Hilfskassirer aufzustellen. In beiden Dingen ist eine genügende Anzahl Mitglieder vorhanden, es ist jedoch abzuwarten, ob dieselben uns unter den neuen Verhältnissen treu bleiben. Weiter beschloß die Versammlung, das Mitglied S. Schwadener auf Grund des § 7, Absatz b auszuschließen. Unter dem Punkt „Wirtschaftliche Rundschau“ ward folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands protestirt gegen die von der Münchener Zeitung, noch bevor eine Unterjudung zum Abschluß gelangen konnte, ausgesprochene Behauptung: das Unglück in Groß-Hessenlohe, wobei zwei Arbeiter getödtet wurden, sei ohne Zweifel durch die Schuld der Arbeiter veranlaßt.“ Für die gemahregelten Bergleute in Penzberg wurde eine Zellerfassung veranstaltet, welche den Betrag von 3 M. ergab. Ferner wurde beschlossen, Listen zur weiteren Sammlung von Unterstützungsgeldern anfertigen zu lassen.

**Jahra.** In der letzten Versammlung machte Kollege Bloch einige Mittheilungen über die Thätigkeit des Verbandstages zu Rassel. Die vorgenommenen Veränderungen des Statuts wurden mit Freuden begrüßt. Der Vorschlag, eine Agitations-Kommission zu wählen, die in der Umgebung für die Ausbreitung des Verbandes thätig sein soll, wurde dahingehend erledigt, daß einige Kollegen freiwillig die erforderlichen Arbeiten übernehmen. — In der am 11. September tagenden Mitgliederversammlung referirte Kollege Schumann aus Berlin über die Bedeutung der Organisation. Der Vortrag wurde mit Beifall entgegengenommen. Darauf wurde das unzulässige Verhalten der Zeitung der Thonwarenfabrik gebührend gerügt und dann die Versammlung geschlossen.

**Eingefandt.**

**An die Kollegen der Zahlstelle Sameln.**

Kollegen! Wir fühlen uns gezwungen, eine Aufforderung an Euch zu erlassen, da es uns nicht möglich ist, in den Mitglieder-Versammlungen zu Euch zu sprechen, weil Ihr den Versammlungen fern bleibt. Kollegen, Euch ist es zu verdanken, daß seit 1/2 Jahre keine ordentliche Versammlung tagen konnte, stets waren nur die Bevollmächtigten und 3-4 Mitglieder anwesend. Wollt Ihr nun, daß unsere Zahlstelle bestehen bleibt und wieder zu der Blüthe gelangt, in der sie in früherer Zeit stand, so macht es Euch zur Pflicht, jede Versammlung zu besuchen und bei jeder Gelegenheit für unseren Verband zu agitiren. Das ist Eure heiligste Pflicht; nur so ist es möglich, der uns drohenden Gefahr entgegen zu treten.

Kolleginnen und Kollegen, bedenkt diese Gefahren, beherzigt diese an Euch gerichtete Aufforderung und erscheint alle in der am 9. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, tagenden Versammlung.

Mit Gruß

Die Bevollmächtigten.

**Quittung für den Anonymus in Gutenwegen oder Sonstwo.** Wir bestätigen Ihnen hiermit den Eingang Ihres eingeschriebenen Briefes, de dato 11. September 1898, in welchem Sie uns den Austritt von 11 Mitgliedern anzeigen, und gratuliren Ihnen zu diesem Erfolge. Hoffentlich belassen Sie die „für Ihre Sache Gesonnenen“ (?) nicht mit dem Porto. Wenn aber doch, so würde ich Ihnen empfehlen, die Briefe nicht einschreiben zu lassen, die Leute kämen dann 20 Pf. billiger zu der Befreiung ihrer Rechtlosigkeit und Abhängigkeit. Diese den Landarbeitern zum Bewußtsein zu bringen, ist der Zweck meiner und Ihrer Thätigkeit. Ich will diesen Zweck, Sie wollen ihn nicht, erreichen aber doch nichts Anderes. Daher bin ich Ihnen dankbar, trotzdem ich der Meinung bin, daß ein nachsichtiger Pöbel wie Sie Besseres thun könnte, als den Gefinnungen seiner Arbeiter nachzuschmeffeln.

Der „gewissenlose Agitator“.

**Berichtigung.**

In dem Leitartikel der Nummer 20 muß es in der ersten Zeile anstatt „September“ „Dezember“ heißen.

**Zur Beachtung.**

Alle Mitglieder der Preßkommission wurden die Kollegen Breitenstein, Fische, Lohrberg, Neumann und Lufen gewählt. Zuschriften, Beschwerden etc. in Sachen des „Proletarier“ sind an den Unterzeichneten zu senden.

August Lohrberg,  
Hannover, Gojeriede 9 A.

**Quittung.**

Für die Verbandskasse sind seit dem 10. September folgende Summen eingegangen: Marne 117,10 Mk.; Cuxhaven 9,65 Mk.; Sanderburg 45,06 Mk.; Elmstein 40,17 Mk.; Linden 39,70 Mk.; Garburg 117,07 Mk.; Rostdam 68,35 Mk.

Für Protokolle gingen ein: Hannover 2 Mk.; Gr.-Lichterfelde 5 Mk.; Thalkirchen 5 Mk.; Biebrich 5 Mk.; Elmshorn 20 Mk.; Fohdebusch 6 Mk.; Hamburg 20 Mk.; Cübeck 6 Mk.; Rannheim 5 Mk.; Hamburg-St. Georg 20 Mk.

Kamencengelber gingen ein: Schönbek 0,50 Mk.; Garburg 3 Mk.; Osterwedel 1,95 Mk.

An Eintrittsgelder gingen ein: Genthin 4 Mk.; Neuhaldensleben 9,50 Mk.

Zum Streckfonds gingen ein: Durch Frey 1,15 Mk.; auf der Kasse vom Verbandstag 9,35 Mk.; Fr. W. Eijensch 0,10 Mk.; Dessau 2 Mk.; S. v. S. 0,10 Mk.

**Abrechnung**

über die Unterstützung der ausgeperrten Bauarbeiter in der Zeit vom 13. Juli bis 12. August 1898.

Einnahme		Ausgabe	
Am 20. Juli	123,- Mk.	Am 23. Juli	76,60 Mk.
„ 30. „	123,- „	„ 1. August	93,90 „
„ 4. August	85,- „	„ 5. „	88,50 „
„ 11. „	74,- „	„ 12. „	79,10 „
„ 25. „	46,40 „	„ 18. „	48,95 „
<b>Summa</b>	<b>455,40 Mk.</b>	<b>Summa</b>	<b>387,05 Mk.</b>

**Bilanz.**

Einnahme . . . . . 455,40 Mk.  
Ausgabe . . . . . 387,05 Mk.

Ueberschuß\*) 68,35 Mk.

Die Richtigkeit dieser Abrechnung bescheinigen  
Die Bevollmächtigten: Die Revisoren:  
Karl Friede, G. Rostdam, A. Gönke, Fr. Henje,  
Rostdam, den 18. September 1898.

\*) Dieser Betrag ist dem Vorstande wieder zurückgefandt.

**Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.**

Ort	Bevollmächtigter	Strasse
Alfeld	B. Strömann	Ständehausstr. 3.
Alten (Eibe)	B. Knopf	Rimmarstr. 21.
Altenburg	Emil Gensch	Gülfenstr. 38.
Altenhagen	W. Gensch	Altenhagenstr. 43.
Alten-Landau	Karl Landau	Neubekstr. 35, S. 1, 1. St.
Alten-Landau	Karl Landau	Stargarderstr. 54.

Ort	Bevollmächtigter	Strasse
Angsburg	Georg Meitinger	O. 125 Mauerberg II.
Angsb. bei Stahfurt	Ferd. Versche	
Barmbeck b. Hamb.	Fritz Borger	Diedrichstr. 13, Haus 3, II
Barmstedt	J. Boge	Ruhberg 35.
Bergeborf	W. Stille	Kamp, Wieles Wohn.
Berlin	Emil Schumann	Kolbergerstr. 23.
Biebrich	Paul Thiele	Germaustr. 14.
Bielefeld	Karl Büchel	Wach 14.
Billwärder a. d. B.	H. Löwe	Kr. 60.
Bitterfeld	F. Sänther	Burgstraße 40.
Bodenheim bei Frankfurt a. M.	S. Sippel	Frankfurterstr. 32.
Borsb. Gernförde	G. Krüger	Hotel Belleoue.
Braunschweig	A. Gelpke	Malenstr. 5.
Bremen	Heinr. Hinrichs	Auguststr. 35.
Burgheude	Ernst Arndt	Elberstr.
Bürgel a. M.	Wilh. Weber	Niederstraße 22.
Calbe Saale	Friedrich Göhle	Schloßstraße 27.
Cannstadt i. W.	Leonhard Börner	Hallstraße 62 I.
Celle	Aug. Bürger	Waisenhausstr. 24.
Delmenhorst	Ernst Wieselhorn	Vereinsstraße 5.
Dessau	Alb. Meyer	Ede Koppel- u. Ortstr.
Dodenhuden und Umgebung	Gust. Heinrich	Kochstedterstr. 11.
Dänowald b. Mühlheim (Helm)	Heinr. Kloppe	Rissen.
Düffelbors	Peter Frevel	Hoffelstraße 31.
Eisenberg i. A.	Emald Ringsfeldt	Lindenstraße.
Elbeck b. Hamburg	Arno Müller	wohnl. Barmbeck,
	J. Schirr	Wohlbörgerstr. 68, II.
Elmsbüttel	J. Sienau	Linden-Allee 53, 4. Et.
Elmsb. Elmstein	G. Westmann	Goethestraße 10.
Elmsb. Elmstein	Joh. D. Müller.	
Elmsb. Elmstein	H. Flegaus	Oberthorstr. 38, II.
Elmsb. Elmstein	L. Wehling jr.	
Elmsb. Elmstein	F. Müller	R. Königsberg 7.
Elmsb. Elmstein	H. Hornung	Mittelstr. 1.
Elmsb. Elmstein	Wilhelm Pleß	Langestraße 165.
Frankfurt a. M.	Joh. Fein	Wallonenstraße.
Frankfurt a. M.	Jean Eiser	Hortstraße 18.
Frankfurt a. M.	Heinrich Vorkensfeld	
Frankfurt a. M.	Jacob Härtel	Wahngasse 578.
Frankfurt a. M.	F. Bort	Friedhofstr. 10.
Frankfurt a. M.	Karl Schmidt	Gr. Waldstraße 79 I.
Frankfurt a. M.	Fritz May	Edenförder Chaussee.
Frankfurt a. M.	Em. Gabigt	Nietzweg.
Frankfurt a. M.	Wilhelm Stolte	Gr.-Heere.
Frankfurt a. M.	Karl Wroge	Berl. Wilhelmstr. 34.
Frankfurt a. M.	Arthur Drescher	Nr. 253.
Frankfurt a. M.	Heinr. Anikreim	Gr. Schwebbogen.
Frankfurt a. M.	Karl Schröder	Galbergweg 6.
Frankfurt a. M.	H. Drilieb	Frankenbergerstr. 9.
Frankfurt a. M.	F. Heben	Oststraße 106.
Frankfurt a. M.	H. Brandau	Reimbergstraße 66 a, II.
Frankfurt a. M.	Ernst Karlsruher	Buschstr. 22.
Frankfurt a. M.	Jul. Volkmann	Guystraße 36.
Frankfurt a. M.	Gottl. Müller	Giebichenstein, Böck-
Frankfurt a. M.		straße 6.
Frankfurt a. M.	Mag. Wandel	Alberstraße 6.
Frankfurt a. M.	G. Sack	Borfelmannsweg 182,
Frankfurt a. M.		Sinterh. 4, 2.
Frankfurt a. M.	Derfelbe.	
Frankfurt a. M.	G. Gehrfens	Abendrothstr. 32, S. 3.
Frankfurt a. M.	Frau L. Zieh	Gustavstraße 22.
Frankfurt a. M.	G. Köppler	Breiterweg 18.
Frankfurt a. M.	A. Lohrberg	Gojeriede 9A.
Frankfurt a. M.	Karl Bod	Strichlstraße.
Frankfurt a. M.	H. Martens	Kajenenstr. 27.
Frankfurt a. M.	Wilh. Hoffmann	Holzberg 15.
Frankfurt a. M.	Franz Schmalb V.	
Frankfurt a. M.	H. Friedrich	Wiesenstraße 18.
Frankfurt a. M.	G. Gayder	Grunau 252.
Frankfurt a. M.	Gustav Schwan	Katernstein 11.
Frankfurt a. M.	Franz Wittlich	Louisenstraße 7.
Frankfurt a. M.	H. Leyendecker	Gauptstr. 13.
Frankfurt a. M.	A. Majchke	Coriansberg 24.
Frankfurt a. M.	Joh. Freundl	
Frankfurt a. M.	Johann Stuh	Lindenstraße 72.
Frankfurt a. M.	Oskar Stiik	Scheidestraße 5.
Frankfurt a. M.	Georg Vogel	Wilhelmstraße 9.
Frankfurt a. M.	Albert Brandt	Loisenstraße 2.
Frankfurt a. M.	Alfred Adermann	Nitterstr. 14.
Frankfurt a. M.	Otto Fischer	
Frankfurt a. M.	F. Finke	Rosenstraße 8.
Frankfurt a. M.	Zaver Reinhardt	Berg ob. Landshtut 27 a.
Frankfurt a. M.	M. Götsche	Wahrenfelderstr. 26.
Frankfurt a. M.	Karl Schmierer	(Dorf).
Frankfurt a. M.	Ludm. Benz	Grävenaustraße 60.
Frankfurt a. M.	Joh. Lühr	Reiferstraße 50 a.
Frankfurt a. M.	Fr. A. Burthardt	
Frankfurt a. M.	Gottl. Pannite	Louisenstr. 2.
Frankfurt a. M.	Karl Lorenz	Neustadt, Umfassungs-
Frankfurt a. M.	M. Pelsch	straße 23, S. 1. Et.
Frankfurt a. M.	Martin Brigger	Hauptweg 31.
Frankfurt a. M.		H. 7, 26, 3. Et.
Frankfurt a. M.	B. Gerlach	Albeck, Moislinger-
Frankfurt a. M.	Peter Lipp	Allee 83.
Frankfurt a. M.	Michael Ostwald	Armenstraße 72.
Frankfurt a. M.	Karl Himmel	Mühlstraße.
Frankfurt a. M.	Jul. Richter	Berlinerstraße 249.
Frankfurt a. M.	R. Förstch	Rosenheimerstr. 87, II.
Frankfurt a. M.	August Blume	Riegalsstraße 32 III.
Frankfurt a. M.	Aug. Meyer	Wörigstr. 40, 2. Et.
Frankfurt a. M.	Fr. Eggerstedt	Holzmarkt 2.
Frankfurt a. M.	F. Meiert	Hingstraße 18.
Frankfurt a. M.		Böperweg 701.
Frankfurt a. M.		Luerstraße 4.
Frankfurt a. M.	H. Rathjen.	Mühlenstraße 6.
Frankfurt a. M.	Otto Fieber	Reichstraße 24.
Frankfurt a. M.	Kajpar Spiess	Pagenstr. 46.
Frankfurt a. M.	Heinr. Koop	Wilhelmstraße 68.
Frankfurt a. M.	Stephan Feltrapp	Untere Mauerstr. 42.
Frankfurt a. M.	Albert Redlich	Reichthamer.
Frankfurt a. M.	Karl Schumann	Reimsdorferstraße 17.
Frankfurt a. M.	Karl Göste	Ober-Neunung
Frankfurt a. M.	Joh. Erdle	(Post Alack).
Frankfurt a. M.	Karl Berndt	Friedensburg.
Frankfurt a. M.	G. Finke	Eckernstraße 28.
Frankfurt a. M.	Em. Kühr	Rübeckamp.

Ort	Bevollmächtigter	Strasse
Botsdam	Karl Friede	Godtschstraße 14.
Braunschweig	Robert Schröder	Hohe Straße 72.
Braunschweig	Otto Müller	Schleustufe 261.
Braunschweig	Joh. Pleß	
Braunschweig	Adam Schröb IX.	
Braunschweig	Friedr. Niemann	Wülthörner Deich 56.
Braunschweig	Karl Köhler	Berber, Magdeburger-
Braunschweig	F. Schulz	straße 6.
Braunschweig	G. Lamoschus	Hamburgerstraße 25.
Braunschweig	Herm. Pehold	Mühlstraße 13 II.
Braunschweig	Joh. Pleßch	Baderstraße 6.
Braunschweig	Chr. Schmidt	
Braunschweig	Jacob Schmitt	Fischerstieg 17
Braunschweig	Jul. Ringel	Gafen-Pfählstraße 36.
Braunschweig	Heinr. Zehr	Salgenstraße 11.
Braunschweig	W. Zehnen,	Campe.
Braunschweig	H. Geuer.	
Braunschweig	Felix Gries	St. Michaelstr. 38 I.
Braunschweig	Robert Scherf	Wolfrathshausenstr. 34.
Braunschweig	Wilh. Wehmeyer	Frankfurterstr. 174.
Braunschweig	H. Vogt, Kolporteur.	
Braunschweig	Fr. Eva Frank, pr.	
Braunschweig	Fr. Frank, Hafner	
Braunschweig	Joh. Dome	
Braunschweig	Joh. Bruhns	Löhnsstraße 59.
Braunschweig	Gauto	Gafenstraße.
Braunschweig	Karl Schmidt	Leipzigerstraße 79.
Braunschweig	Th. Rich. Kette	Thenhain b. Wälder-
Braunschweig		hausen i. Th.
Braunschweig	Aug. Mayhad	Hafferode.
Braunschweig	Chr. Köpfe	
Braunschweig	S. Jörz	Kapenbederstr. 73.
Braunschweig	Karl Striehle	
Braunschweig	Franz Klaus	Coswigerstraße 18.
Braunschweig	Aug. Kastellan	Dresdnerstraße 39.
Braunschweig	Joh. Richter	Städteimerstr. 26 b.
Braunschweig	Martin Döberitz	Schusterstr. 13.
Braunschweig	Heinr. Blach	Frankfurterstraße.
Braunschweig	Cigarrenfabrikant.	
Braunschweig	Karl Fräsdorf	Neue Brücke.

In folgenden Orten sind keine Zahlstellen. Die ernannten Vertrauensmänner sind von dem Vorstande beauftragt, Mitglieder aufzunehmen, für Einlassung der Beiträge, Auszahlung des Reifegeschentes, Auslieferung des „Proletarier“ an die Mitglieder das Nötige zu veranlassen: Irpelen, A. Will; Mebern-Dobeleben, Herm. Schmidt, Lindenstr.; Gr.-Ammensleben, Karl Schöne; Othmerleben, Aug. Kühne; Cuxhaven, Otto Schulz, Gr. Gerdewiel 42; Danzig, G. Hartung, Kammbauweg 37 I.; Dresden, Fritz Sturm, Nauslitz, Grenzweg 10; Marne und Umgebung, Fr. Kruse, Gastwirth; Warste und Umgebung, S. Weidmann, Wäddel; Wernburg, Wilh. Köpfe, Wolfgangstraße 143; Selmsdorf i. M., Lohmann; Linden, Wegleh, Konradstraße 6; Tangermünde, Albert Bar, kleine Fischerstraße 9; Biebrich, Rudolf König; Schwarzeleben, Chr. Trube; Nieder-Wollstedt (Wetterau), Conrad Wetter; Schandleben, G. Söber.

**Inserate.**

**Aufforderung.** [1,05 Mk.]

Das Mitglied Michael Rugler, Buchnummer 16444, aus Braunkirchen (Bayern), wird ersucht, an Unterzeichneten seine Adresse gelangen zu lassen. Ortsverwaltungen, denen die Adresse des A. bekannt ist, wollen mir dieselbe umgeben mittheilen.  
W. Leyendecker, Göschl a. M., Hauptstraße 13.

Seit 1. Oktober wird das Reifegeschent  
**Flensburg.** von Adolf Andreeßen, Süder-Fischerstraße 32, ausbezahlt. [0,45 Mk.]

**Dessau.** Montag, den 10. Oktober, Abends 8 Uhr: Versammlung. Jeden Montag Abend von 8-9 1/2 Uhr werden in Eisenberg's Lokal Beiträge erhoben. [0,60 Mk.]

**Zahlstelle Geesthacht.**

Unsere nächste Mitglieder-Versammlung findet umfände halber am Sonntag, den 9. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Fr. Peterjen statt. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Bericht der Bevollmächtigten. 3. Vorschläge derselben. 4. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Bevollmächtigte  
[1,35 Mk.] F. Bort.

**Achtung! Achtung!**

**Zahlstelle Wolfenbüttel.**

Sonabend, den 15. Oktober 1898, Abends 8 1/2 Uhr:  
**Außerordentl. Mitglieder-Versammlung**  
in der „Domschenke“.  
Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. 2. Bericht vom diesjähr. Verbandstag. Referent: Kollege F. D. H. L. d. o. r. f. - Braunschweig. 3. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 4. Verschiedenes.  
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist nothwendig  
[1,95 Mk.] Die Ortsverwaltung.

**Zahlstelle Wilhelmsburg.**

[1,65 Mk.] Sonntag, den 16. Oktober 1898,  
im Lokale der Wwe. Rassmann, Reiberstieg:  
**Herbst-Vergnügen**  
verbunden mit  
Preislegeln, Preisschießen und Damenspielen.  
Anfang 4 Uhr. Entree: Herren 50 Pfg., Damen 20 Pfg.  
Die Kollegen und Kolleginnen von Wilhelmsburg und Umgegend ladet freundlichst ein  
Das Komitee.

**Flensburg.** [1,80 Mk.]

**Geschäfts-Gröpfung.**  
Den Verbandskollegen und -Kolleginnen zur Nachricht, daß ich Süder-Fischerstraße 14 eine  
**Holländische Waarenhandlung**  
eröffnet habe.  
Um gütige Berücksichtigung bei Einkäufen bitte ich.  
**Carl Franke.**